



Niederschrift

I. Öffentlicher Teil

Sitzung	des Ausschusses für Haushalt und Finanzen
Ort:	Stadthaus, Erich Kästner Platz 1, 03046 Cottbus, Ratssaal
Datum	19.05.2026
Beginn	17:00 Uhr
Ende	18:44 Uhr

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Entscheidung über vorgebrachte Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der letzten Sitzung
4. Bestätigung der Tagesordnung der Sitzung
5. Anfragen aus der Stadtverordnetenversammlung
6. Berichte und Informationen
 - 6.1. Konnexitätsprinzip - Überblick und Umgang mit übertragenen Aufgaben
 - 6.2. Bericht zum Thema Zensus
 - 6.3. "Zukunft Brache" - Finanzielle Aspekte und Zusammenhänge mit der GWC GmbH
7. Vorlagen der Verwaltung
 - 7.1. 1. Änderung der Elternbeitragssatzung für die Kindertagesstätten des Eigenbetriebes „Kommunale Kinder- und Jugendhilfe der Stadt Cottbus“
Vorlage: I.1-002/26 StVV
8. Anträge aus der Stadtverordnetenversammlung

- 8.1. Prüfung von Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Cottbusverkehr-Deutschlandtickets
Vorlage: AT-25/26
- 8.2. Änderung der Aufwandsentschädigungssatzung
Vorlage: AT-26/26
- 8.3. Stringenz der Antwort der Kommunalaufsicht (MIK 10.12.2025) „Bindungswirkung zweier Beschlüsse auf privatrechtliche Pachtverträge“
Vorlage: AT-29/26
- 8.4. Weitere pauschale Stellenreduzierung in der Stadtverwaltung Cottbus/Chosebuz um 28 VZE bis zum Vorliegen der Aufgabenanalyse der Verwaltung
Vorlage: AT-32/26
- 8.5. Rücknahme der Gebührenbescheide für Rettungsdiensteinsätze, vorläufige Sicherstellung der Finanzierung durch die Stadt und konsequente rechtliche Geltendmachung gegenüber den Krankenkassen
Vorlage: AT-35/26
9. Sonstiges

Anwesenheitsliste

Vorsitz

Frau Marianne Spring-Räumschüssel,

1. stellvertretender Vorsitz

Herr Matthias Schulze,

Mitglied der Stadtverordnetenversammlung

Herr Andreas Böhm, Herr Detlef Krebs, Herr Gunnar Kurth, Herr Christopher Neumann, Herr Dr. med. Markus Rochow, Herr Jörg Schnapke, Herr Christian Schömberg, Herr Hendrik Zank,

Sachkundige/r Einwohner/in

Herr Christopher Harald Burger, Herr Dr. Bastian Garnitz, Herr Sven Gehrman, Herr Maik Hoffmann, Frau Rosemarie Petzold, Herr Steffen Picl, Herr Werner Schaaf, Herr Jochen Schubert, Herr Kevin James Schulz, Herr Hans-Joachim Weißflog

Abarbeitung der Tagesordnung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Frau Spring-Räumschüssel eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr.

TOP 2 Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Der Ausschuss ist zu Beginn mit 10 Mitgliedern beschlussfähig. Ab TOP 6.2. verlässt Herr Krebs (in Folge 9 stimmberechtigte Mitglieder), ab TOP 3.1 NÖT verlässt Herr Kurth (in Folge 8 stimmberechtigte Mitglieder), ab TOP 4.1 NÖT verlassen Herr Schömberg und Herr Schnapke (in Folge 6 stimmberechtigte Mitglieder) die Ausschusssitzung.

TOP 3 Entscheidung über vorgebrachte Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der letzten Sitzung

Dokument: Niederschrift vom 21.04.2026

Es gibt keine Wortmeldungen oder Rückfragen.

TOP 4 Bestätigung der Tagesordnung der Sitzung

Die Berichterstattung unter TOP 6.3 wird in den nicht öffentlichen Teil verschoben.

einstimmig mit Änderungen beschlossen

Ja 10 / Nein 0 / Enthaltung 0 / Befangen 0

TOP 5 Anfragen aus der Stadtverordnetenversammlung

Es lagen keine Anfragen der Stadtverordnetenversammlung vor.

TOP 6 Berichte und Informationen

TOP 6.1 Konnexitätsprinzip - Überblick und Umgang mit übertragenen Aufgaben

Dokument: allgemeine Präsentation übertragene Aufgaben, Präsentation Kita-Finanzierung
Geschäftsbereich I - Finanzmanagement, Wirtschaftsentwicklung und Soziales / FB
Finanzmanagement

Herr Förster (FB Finanzmanagement) führt zum Bericht ein und erklärt die allgemeine Entwicklung der Finanzierungslasten der Kommune aus übertragenen Aufgaben.

Frau Gotzel und Frau Frenzel (FB Jugendamt) vertiefen den Bericht im Schwerpunkt der Kindertagesfinanzierung.

Frau Spring-Räumschüssel fragt, in wie weit die Verwaltung im Rahmen von der Novellierung des Kita-Gesetzes beteiligt wird.

Frau Gotzel erklärt, dass dies über Anhörungsverfahren sowie schriftlichen Stellungnahmen erfolgt.

Herr Schnapke erklärt, dass keine Gesetze geschaffen werden können, die in Folge nicht finanzierbar sind.

Herr Picl fragt, wie der Rückgang der Kinderzahlen sich in Cottbus/Chóseebuz auswirken wird.

Frau Gotzel erklärt, dass versucht wird, die Betreuung so zu steuern, dass die Standorte aufrechterhalten werden können.

TOP 6.2 Bericht zum Thema Zensus

Berichterstatter Herr Hoferichter (Referatsleiter, Amt für Statistik Berlin-Brandenburg)

Herr Hoferichter führt zum Bericht aus und erläutert die groben Rahmenbedingungen und Erhebungsmethoden des Zensus.

Frau Spring-Räumschüssel verweist auf die Abweichungen zwischen Erhebungen des Melderegisters und des Zensus in Cottbus/Chóseebuz

Herr Picl ergänzt, dass 2 staatliche Behörden gleiche Daten erheben, wo es erhebliche Abweichungen (physische Anwesenheit) gibt.

Herr Hoferichter erklärt, dass Melderegister-Daten immer auf das Wirken der Bürger (durch An- und Abmeldungen) angewiesen sind. Der Zensus basiert auf statistischen Datenerhebungen.

Herr Schulze fragt, ob die Kommune das Zensusverfahren nachprüfen kann.

Herr Hoferichter erläutert, dass nicht Personen befragt, sondern Anschriften geprüft (ggf. mit Mahnverfahren) werden. Datenblätter wurden der Stadt übergeben, wo Personen angetroffen wurden. Eine genaue Rückprüfung, wer befragt wurde, ist rechtlich nicht möglich (da u.a. Eingriff in Grundrechte der Bürger).

Frau Mohaupt verweist auf die kritische Bewertung der Stadt Cottbus/Chósebz und stellt die Erhebungen in Frage. Diese trifft vor allem Universitätsstädte und Städte mit Migrationshintergründen. Die Stadt bereitet eine Klage zur Erhebung vor.

Frau Ramsch führt aus, dass durch die bisherigen Grundlagen des Zensus ca. 7 Mio.€ p.a. an Schlüsselzuweisungen fehlen.

Herr Picl verweist auf die Meldepflichten in vers. Fällen und übt Unverständnis für die Landesbehörde.

Herr Hoferichter erklärt, dass der Zensus ein Stichprobenverfahren ist.

Herr Schnapke kritisiert die Ergebnisermittlung und dass bei der Erhebung Plausibilitätsprüfungen erfolgen müssen. Die Daten des Melderegisters wären genauer als der Zensus.

Herr Hoferichter erklärt, dass die Erhebungsergebnisse evaluiert wurden und z.T. ab gewissen Schwellwerten hinterfragt werden. Das ist auch im Fall der Stadt Cottbus/Chósebz erfolgt.

Herr Weißflog verweist darauf, dass die Gesetzgebung ausschlaggebend für die Auswirkungen ist und nicht zwingend die Zensus Erhebung, die Herr Hoferichter vertritt.

TOP 6.3 "Zukunft Branche" - Finanzielle Aspekte und Zusammenhänge mit der GWC GmbH

Geschäftsbereich II - Stadtentwicklung, Mobilität und Umwelt

TOP wird in den NÖT verschoben.

TOP 7 Vorlagen der Verwaltung

TOP 7.1 1. Änderung der Elternbeitragssatzung für die Kindertagesstätten des Eigenbetriebes „Kommunale Kinder- und Jugendhilfe der Stadt Cottbus“

Dokument: I.1-002/26 StVV

Dezernat I.1 - Soziales, Jugend, Bildung und Kultur / FB Jugendamt

Frau Ullrich (Werkleitung KKJH) führt zur Vorlage aus.

Herr Neumann verweist auf den Schwerpunkt der Vorlage und fragt wie viel Personalstellen in der Verwaltung durch die Umstellung (Eltern sollen Essenbestellung eigenständig durchführen) abgebaut werden können.

Frau Ullrich verweist auf vergleichbare Kosten für die Essengelder im Stadtgebiet. In Folge können interne Personalressourcen besser (ohne Stellenaufwuchs) im Eigenbetrieb eingesetzt werden.

Herr Kurth geht auf offene Fragen aus anderen Ausschüssen ein und verweist auf die dortige 2. Lesung. Er fragt, wie viel Personalressourcen derzeit mit der Aufgabe Essengeldabrechnung im Eigenbetrieb gebunden sind.

Frau Ullrich erläutert, dass derzeit 0,25 VZE für das Thema Essengeldabrechnung aufgewendet werden. Bisher ist der Beitrag auf 2,35 € fixiert und wird bei Mehrbedarf über den Betriebskostenzuschuss finanziert.

Herr Kurth fragt ergänzend zum Thema Essengeld im Rahmen der Eingewöhnung von Kinder.

Frau Ullrich erklärt, dass die Eingewöhnung stundenweise erfolgt und die Kinder nehmen diese Speisen nicht wahr.

Herr Zank fragt, was passiert, wenn ein Elternteil Verträge mit dem Anbieter nicht abschließt.

Frau Ullrich erklärt, dass die Eltern eigenständig entscheiden, ob die Kinder an der Mittagsverpflegung teilnehmen oder nicht.

Herr Schnapke äußert Kritik an der Diskussion. Es gibt verschiedene Parallelen zu anderen Einrichtungen (Entweder wird Essen bestellt oder nicht.).

Herr Neumann stellt klar, dass jedes Kind eine Mittagsverpflegung bekommen muss und eine Abwicklung über den Eigenbetrieb das sichert.

Herr Kurth beantragt eine zweite Lesung.

Diese wird angenommen (JA 5 / Nein 4 / Enthaltung 1).

TOP 8 Anträge aus der Stadtverordnetenversammlung

**TOP 8.1 Prüfung von Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des
Cottbusverkehr-Deutschlandtickets**

Dokument: AT-25/26

Fraktion Die Linke

Herr Neumann führt zum Antrag aus. Es gibt keine Rückfragen oder Wortmeldungen.

mehrheitlich beschlossen

Ja 7 / Nein 2 / Enthaltung 0 / Befangen 0

TOP 8.2 Änderung der Aufwandsentschädigungssatzung

Dokument: AT-26/26

Fraktion Die Linke

Herr Schulz führt zum Antrag aus.

Herr Kurth fragt, welcher Effekt dieser Umschichtung mit sich bringt. Er spricht sich für die allgemeine finanzielle Stärkung der Ortsbeiräte aus.

Herr Weißflog fragt, welche Aufgaben des OBM wegefallen sollen, wenn die Entschädigungssatzung angepasst wird.

Herr Gehrman, führt aus, dass u.a. keine Neiddebatte zu Gunsten der Ortsbeiräte erfolgen soll.

Herr Neumann führt nochmal zu den Argumente aus, dass die Leistungen der Wahlbeamten durch die Besoldung bereits abgegolten sind. Es gibt diese Entschädigung nicht für alle Mitglieder der Rathausspitze.

mehrheitlich abgelehnt

Ja 1 / Nein 8 / Enthaltung 0 / Befangen 0

TOP 8.3 Stringenz der Antwort der Kommunalaufsicht (MIK 10.12.2025)

„Bindungswirkung zweier Beschlüsse auf privatrechtliche Pachtverträge“

Dokument: AT-29/26

Fraktion AfD

Herr Böhm führt zum Antrag aus und schlägt vor, über den Antrag nicht abzustimmen, da ein Änderungsantrag kurzfristig vorliegt.

Wiedervorlage

**TOP 8.4 Weitere pauschale Stellenreduzierung in der Stadtverwaltung
Cottbus/Chosebuz um 28 VZE bis zum Vorliegen der Aufgabenanalyse der
Verwaltung**

Dokument: AT-32/26

Fraktion MIB/ZSC

Herr Schulze führt zum Antrag aus.

Herr Schnapke befürwortet den Antrag ebenso mit Blick auf den Haushalt 2027.

Herr Kurth erklärt, wieso über den Antrag im Voraus der 1. Haushaltsklausur entschieden werden muss. Da es weiter unklar ist, ob mehr oder weniger Stellen perspektivisch benötigt werden. Er plädiert für das Abwarten der Haushaltsklausur.

Herr Schulze erklärt, dass dieses Thema im Rahmen der Haushaltsklausur genau und konkret betrachtet wird. Man geht davon aus, dass die Aufgabenanalyse erfolgt bzw. erfolgen wird.

Herr Schömberg äußert die Entwicklung eines Störgefühls, das man der Verwaltung unterstellt, sie würde nicht an einem Abbau interessiert zu sein. Er stimmt daher nicht zu.

Herr Peinelt befürwortet den Antrag der Fraktion.

Herr Kurth erklärt, dass eine Wirkungsanalyse ist notwendig, um zu entscheiden, ob weitere Stellen reduziert werden können. Er plädiert für eine spätere Bewertung über diesen Antrag, da Analysedaten nicht vorliegen und damit inhaltlich bewertet werden kann.

mehrheitlich beschlossen

Ja 5 / Nein 4 / Enthaltung 0 / Befangen 0

**TOP 8.5 Rücknahme der Gebührenbescheide für Rettungsdiensteinsätze, vorläufige
Sicherstellung der Finanzierung durch die Stadt und konsequente rechtliche
Geltendmachung gegenüber den Krankenkassen**

Dokument: AT-35/26

Fraktion AfD

Herr Böhm führt zum Antrag aus.

Frau Ramsch (amt. GBL I) erklärt, dass keine Gebührenbescheide vorliegen. Dadurch sind auch keine zurück zu nehmen.

Herr Schulze ergänzt, dass einheitliche Informationen vorliegen, dass keine Bescheide an Privatpersonen ergangen sind. Er empfiehlt eine Zurückstellung des Antrages.

Frau Spring-Räumschüssel erklärt, dass dennoch abgestimmt werden soll.

Herr Schömberg erklärt, dass inhaltlich hierzu Abstimmungen mit der RHS erfolgten.

Herr Zank ergänzt, dass es mehrfache Abstimmungen mit der Stadtspitze in vertrauensvoller Zusammenarbeit gab.

Herr Weißflog äußert, dass es Novum ist, dass über etwas abgestimmt werden soll, was gar nicht existiert.

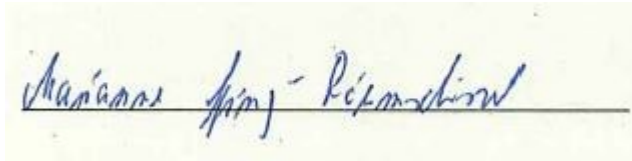
mehrheitlich abgelehnt

Ja 2 / Nein 7 / Enthaltung 0 / Befangen 0

TOP 9 Sonstiges

Keine Wortmeldungen oder Rückfragen.

Cottbus/Chósebuz, 08.06.2026

A handwritten signature in blue ink on a light yellow background. The signature reads "Marianne Spring-Räumschüssel" and is written over a horizontal line.

gez. Marianne Spring-Räumschüssel
Vorsitzende/r des Ausschusses für Haushalt und Finanzen